

BRIEF AUS BERLIN – NR. 28/2016

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Solidarpakt und Bundeshaushalt
- + Panama-Papers/Briefkastenfirmen
- + Korruption im Gesundheitswesen
- + Stärkung der beruflichen Bildung
- + Antrag Transatlantische Beziehungen
- + Änderung Luftverkehrsgesetz
- + Strengere Finanzmarktvorschriften
- + Berufliche Bildung & DGB-Jugend
- + Bundesverkehrswegeplan 2030
- + Netzwerkabend zu sozialem Aufstieg
- + Besuchergruppe aus dem WK in Berlin
- + Praktikantenvorstellung Nadim Baker

Aus dem Wahlkreis

- + Pressemitteilungen
- + Termine

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die Eckwerte für den Haushalt 2017 stehen. Wir haben erreicht, dass die erforderlichen Haushaltsmittel für zentrale Projekte der SPD bereitgestellt werden. Ab 2017 werden jährlich rund fünf Milliarden Euro zusätzlich in Wohnungsbau, Integration, Arbeitsmarktpolitik und Kita-Ausbau investiert. Wir schaffen damit den Solidarpakt, der sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch Flüchtlingen zugutekommt. Damit nimmt das Solidarpaket von Sigmar Gabriel Gestalt an.

Aber nicht alles verläuft nur positiv. So heizt beispielsweise seit einigen Tagen die Debatte um Jan Böhmermann Medien und Politik an. Ich bedaure hier zutiefst, dass die Bundeskanzlerin sich – entgegen der Stimmen der SPD – für die Möglichkeit der Strafverfolgung entschieden hat.

Weiterhin zeigen die Panama-Enthüllungen, dass sich Steueroasen noch immer den internationalen Informations- und Transparenzverpflichtungen entziehen. Geldwäsche und Steuerbetrug müssen konsequent bekämpft, Standards durchgesetzt und Sanktionen ausgesprochen werden. Ebenso müssen sich Patientinnen und Patienten darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten – und nicht die für den Arzt Profitabelste. Mit dem neuen Gesetz wird Korruption im Gesundheitswesen endlich unter Strafe gestellt.

Fragen der beruflichen Weiterbildung werden angesichts aktueller Herausforderungen wie Fachkräftesicherung immer dringender. Mit dem Arbeitslosenversicherungsschutz- und Weiterbildungsstärkungsgesetz (AWStG) erschließen wir neue Qualifizierungs- und Aufstiegsprofile. Die beschlossene Neufassung des Luftverkehrsgesetzes enthält unter anderem Maßnahmen für mehr Sicherheit im Luftverkehr, so etwa Maßnahmen gegen Drogen-, Alkohol- und Medikamentenmissbrauch bei Piloten. Das beschlossene Finanzmarktgesetz zielt auf Finanzmarktmanipulation und Hochfrequenzhandel. Es stärkt die Sanktions- und Eingriffsmöglichkeiten der Überwachungsbehörden.

Ansonsten stand auf meiner Agenda diese Woche wieder viel auf dem Programm: Die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen im Berufsbildungsgesetz waren Thema des Gesprächs der DGB-Jugendvertretung mit weiteren SPD-Abgeordneten. Das Ergebnis: Die duale Ausbildung soll attraktiv bleiben. Zum Netzwerkabend war die Journalistin Julia Friedrichs unserer Einladung gefolgt und gab einen interessanten Einblick über das Verhältnis von Arbeit und Einkommen in Deutschland. Vergangenen Donnerstag trafen sich die zuständigen Verkehrspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion mit den Landesgruppen Hessen, Rheinland Pfalz und Saarland, um über den Bundesverkehrswegeplan zu diskutieren. In dieser Woche konnte ich auch eine Besuchergruppe aus dem Wahlkreis während einer politischen Bildungsreise zu einem Gespräch im Deutschen Bundestag empfangen. Willkommen hieß ich auch Nadim Baker, der seit Anfang April als Praktikant in meinem Berliner Büro tätig ist und sich in diesem vorliegenden Brief aus Berlin kurz vorstellt.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

Haushaltseckpunkte 2017 – Solidarpakt für gesellschaftlichen Zusammenhalt



Bereits vor Ostern ermöglichte Sigmar Gabriel beim Ringen um die Eckwerte für den Haushalt 2017 den Einstieg in ein **Solidarprojekt für sozialen Zusammenhalt**. Von den gut 5 Milliarden Euro, die die SPD zusätzlich in den Haushalt hineinverhandeln konnte, profitieren zukünftig insbesondere Familien, Kinder, Arbeitssuchende, Rentnerinnen und Rentner, Flüchtlinge und durch das Bundesteilhabegesetz Menschen mit Behinderung.

Konkret konnten wir erreichen:

- 2,2 Milliarden Euro zusätzlich für eine aktive **Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose und Flüchtlinge**.
- Für **Wohnungs- und Städtebau** weitere 800 Millionen Euro.
- Der **Kita-Ausbau, Sprach-Kitas sowie „Initiativen gegen Rechts“** erhalten 2017 weitere 450 Millionen Euro und ab 2018 sogar 500 Millionen Euro. Der Bund gibt mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr für den Kita-Ausbau.
- **Sprachförderung und Integrationskurse sowie weitere Integrationsaufgaben** können mit zusätzlich 1 Milliarde Euro gefördert werden.

- 180 Millionen Euro gibt es ab 2017 für die **Solidarrente** (jährlich aufwachsend).
- Für das **Bundesteilhabegesetz für Menschen mit Behinderung** werden die notwendigen Mittel in der Haushaltsführung bereitgestellt.

Mit diesem Solidarpaket setzen wir zusätzlich zu den Integrationsanforderungen auch weitere sozialdemokratische Punkte des Koalitionsvertrags um, beispielsweise die Solidarrente. Der Koalitionsausschuss konnte sich am Donnerstag auch endlich auf 15 Eckpunkte für ein von der SPD seit langem gefordertes **Integrationsgesetz** einigen. Das Gesetz, das am 24. Mai beschlossen werden soll und den Grundsatz des Förderns und Forderns befolgt, wird unter anderem folgende Maßnahmen berücksichtigen:

- Ein **Arbeitsmarktprogramm für Flüchtlinge**, mit niedrigschwelligen Angeboten zur Heranführung an den Arbeitsmarkt sowie ein Angebot für eine gemeinnützige Tätigkeit während des Asylverfahrens, soll kommen.
- Eine **Pflicht zur Mitarbeit bei angebotenen Integrationsmaßnahmen** – sonst wird es Leistungseinschränkungen geben.
- Der **Forderung der Betriebe nach einer Sonderregelung bei der Ausbildung**, bei guter Bleibeperspektive soll kein Ausbildungsverhältnis abgebrochen werden müssen.
- Es wird eine **Wohnsitzzuweisung** geben.
- **Optimierungen bei den Integrationskursen**, unter anderem durch eine Verkürzung der Wartezeiten auf 6 Wochen.

Kampf gegen Steuerbetrug – Steueroasen endlich trockenlegen



Die SPD ist seit Jahren treibende Kraft im Kampf gegen Steueroasen und für mehr Transparenz. Wir finden, Steuergerechtigkeit und eine faire Finanzierung der öffentlichen Haushalte sind die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen und einen handlungsfähigen Staat. Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket für mehr Transparenz vorgelegt. Für uns ist klar: International, in Europa und national muss Deutschland den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche forcieren. Handlanger und Helfershelfer müssen hart sanktioniert werden. Finanzinstitute, die geschäftsmäßige Beihilfe leisten, müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen, dass Banken die Lizenz dafür entzogen werden kann. Die Bundesratsinitiative des niedersächsischen Ministerpräsidenten Stefan Weil von 2013 wurde bislang von der Union blockiert. Schluss mit der Schonfrist für Steuerhinterzieher und deren Handlanger!

Der Bundesfinanzminister soll die illegalen Geschäfte mit anonymen Briefkastenfirmen unterbinden. Die jüngsten Vorschläge gehen in die richtige Richtung. Deutschlands G20-Präsidentschaft muss genutzt werden, um Druck zu machen.

Antikorruptionsgesetz im Gesundheitswesen beschlossen



Der Bundestag hat in einer zweiten Beratung das Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen beschlossen. Dazu hat der Rechtsausschuss eine Beschlussempfehlung vorgelegt. Demnach soll das Versprechen von Vorteilen mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren bestraft werden können. In schweren Fällen ist eine Freiheitsstrafe von mindestens drei Monaten bis zu maximal fünf Jahren vorgesehen.

Strafbar machen sich mit der Neuregelung Angehörige von Heilberufen, wenn sie bei der Verordnung von Arznei-, Heil- oder Hilfsmitteln für sich oder Dritte einen Vorteil als Gegenleistung verlangen. Auch wenn wir als SPD uns an einigen Stellen für eine präzisere Fassung des Gesetzes ausgesprochen hatten, um ein mögliches Leerlaufen beispielsweise in Bereichen der Abgabe von Medikamenten von vornherein auszuschließen, ist der Beschluss ein großer Erfolg.

Seit über 6 Jahren hatte die SPD versucht, ein Antikorruptionsgesetz im Gesundheitswesen auf den Weg zu bringen.

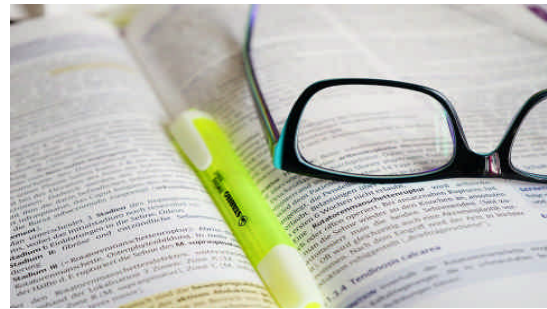
Ziel war es über eine reine Wettbewerbsreglung hinaus den Patientenschutz umfassend zu gewährleisten. Als die Gesundheitspolitiker der SPD 2010 einen von Edgar Franke formulierten Gesetzesentwurf mit dem Titel „Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekämpfen“ vorgelegt hatten, waren alle im Bundestag vertretenen Fraktionen dagegen.

Der Durchbruch kam erst 2012 als der Bundesgerichtshof ausdrücklich auf diesen Antrag Bezug nahm und den Gesetzgeber aufforderte, tätig zu werden. Auf Drängen der SPD wurde das Thema schließlich auf die Agenda der Großen Koalition genommen und ein Gesetzesentwurf eingebracht.

Wichtig für die Beitragszahler der Krankenversicherung ist, dass im Gesetz der Patientenschutz ausdrücklich verankert ist. Durch den unbestimmten Begriff der „Lauterbarkeit“ in § 299 a StGB wird nämlich die heilberufliche Integrität geschützt.

So kann der Patient sicher sein, dass eine vom Arzt verordnete Therapie nicht finanziellen, sondern ausschließlich medizinischen Gesichtspunkten untergeordnet ist. Insgesamt bedeutet das Gesetz einen Paradigmenwechsel. Zum ersten Mal wurde eine Spezialregelung gegen Korruption im Gesundheitswesen geschaffen. Das ist ein großer Erfolg für die SPD und für alle Patientinnen und Patienten.

Stärkung der beruflichen Weiterbildung – Arbeitsförderung wird attraktiver



Trotz der guten Arbeitsmarktentwicklung haben gering Qualifizierte, Langzeitarbeitslose sowie ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiterhin Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt.

Deswegen hat die Regierungskoalition diese Woche den Gesetzesentwurf zur Stärkung der beruflichen Weiterbildung und des Versicherungsschutzes in der Arbeitslosenversicherung in erster Lesung in den Bundestag eingebracht. Der Entwurf hat das Ziel, Aufstiegs- und Fachkräftepotenziale durch eine Fortentwicklung der Arbeitsförderung besser zu erschließen und gering Qualifizierte verstärkt für eine berufliche Weiterbildung zu gewinnen.

Dafür wird unter anderem die Weiterbildungsförderung in kleinen und mittleren Unternehmen fortentwickelt. Auch sollen Teilnehmer einer abschlussbezogenen beruflichen Weiterbildung zusätzlich motiviert werden, indem sie beim Bestehen einer vorgeschriebenen Zwischen- oder Abschlussprüfung Prämien von 1000 bzw. 1500 Euro erhalten.

Transatlantische Beziehungen gestalten – Vertrauen und Transparenz



Ende April 2016 wird US-Präsident Obama Deutschland besuchen. Der Besuch wird Gelegenheit bieten, über die durch die Krisen der letzten Jahre intensiver gewordene Beziehung zu Amerika unter Präsident Obama zu sprechen. Diese Woche haben wir einen [Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD](#) im Deutschen Bundestag beraten, in dem die Bundesregierung u. a. dazu aufgefordert wird, den offenen Dialog mit den USA auf Augenhöhe und auf allen Ebenen weiter zu intensivieren, um das gegenseitige Vertrauen zu stärken.

Dieses Vertrauen ist grundlegend für die Verhandlungen zu den beiden durchaus umstrittenen Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada. Ein gemeinsamer Wirtschaftsraum und die Implementierung westlicher Standards liegen uns am Herzen. Allerdings dürfen in solchen Abkommen deutsche Standards nicht unterschritten werden. Auf unserem Parteikonvent hatten wir beschlossen, dass die SPD dem Freihandelsabkommen nur zustimmen wird, wenn auch das deutsche Parlament über das gemischte Abkommen abstimmt.

Mehr Sicherheit für Passagiere – Rechts-sicherheit im Luftverkehrsgesetz erhöhen



Mit dem Gesetzentwurf zur 15. Änderung des Luftverkehrsgesetzes wird mehr Rechtssicherheit für Deutschlands Luftrettung eingeführt. Zudem wird die Überprüfung der Flugtauglichkeit von Pilotinnen und Piloten verbessert. Neu eingeführt werden sollen Stichproben zur Kontrolle auf Drogenkonsum bei Piloten und für das Luftfahrtpersonal.

Ein neu eingefügter Paragraph stuft das Führen eines Luftfahrzeuges unter Einfluss von Alkohol oder anderen psychoaktiven Drogen und Medikamenten als Ordnungswidrigkeit ein, das mit einem Bußgeld belegt wird.

Weitere Verbesserungen betreffen den Schutz vor Fluglärm sowie die Einrichtung einer flugmedizinischen Datenbank. Zudem dient das Änderungsgesetz der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben in den Bereichen der Landestellen und des Flugplatzbetriebs. Der Koalitionsvertrag sieht die Stärkung des Luftverkehrsstandortes Deutschland vor. Mit dem Gesetz haben diesen Anspruch umgesetzt.

Finanzmarktmanipulationen verhindern - Strengere Finanzmarktvorschriften



Mit der Abstimmung über dieses Gesetz wurden europäische Rechtsakte gegen Marktmissbrauch auf dem Finanzmarkt in nationales Recht umgesetzt. Neue Entwicklungen wie der computergestützte Hochfrequenzhandel haben die gesetzlichen Neuregelungen nötig gemacht.

Zudem werden die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Aufsichtsbehörden gestärkt und die Regulierungsbefugnisse auf weitere Märkte ausgeweitet. Die Sanktionsmöglichkeiten bei Insiderhandel und Marktmanipulation werden vereinheitlicht und verschärft.

Die Umsetzung der europäischen Rechtsakte in deutsches Recht machen Änderungen im Wertpapierhandelsgesetz, Kreditwesengesetz, Kapitalanlagegesetzbuch und Versicherungsaufsichtsgesetz erforderlich. Damit erhält auch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht weitere Aufsichtsbefugnisse, Straf- und Bußgeldvorschriften werden verschärft. Weitere Neuerungen der Finanzmarktregulierungen werden zu einem späteren Zeitpunkt mit einem Zweiten Finanzmarktnovellierungsgesetz in deutsches Recht umgesetzt.

Reform der beruflichen Bildung – Gespräch mit der DGB-Jugend zum BBiG



Am Donnerstag kamen auf Einladung der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion Vertreter der DGB-Jugendorganisation in den Deutschen Bundestag. Zusammen diskutierten wir die Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG).

Im Kern des Gesprächs stand vor allem die Qualität der Ausbildung. Vor dem Hintergrund stagnierender Ausbildungsverhältnisse und teils hohen Abbrecherquoten ist die Attraktivität der dualen Ausbildung in allen Berufsfeldern ausschlaggebend für die Fachkräftesicherung. Deshalb standen die Erstattung der Kosten für Unterrichts- und Arbeitsmaterialien sowie der Reisekosten zum Ausbildungsort, verbindliche Ausbildungspläne und Ausbilder-eignung im Mittelpunkt des Gesprächs. Aber auch weitere Themen wie das Duale Studium oder die Gründung von Interessenvertretungen in den Ausbildungsstätten waren Themen.

Nach der umfassenden Reform des Meister-BAföGs und der Stärkung der beruflichen Weiterbildung wollen wir mit der Reform des BBiG die hohe Qualität der dualen Berufsausbildung zukunftsfest machen.

Fachgespräch mit Verkehrspolitikern zum Bundesverkehrswegeplan 2030



Wie ich in meinem Newsletter Nr. 26 bereits berichtet habe, beschäftigen wir uns derzeit im Bundestag mit dem ersten Entwurf des Bundesverkehrswegeplans (BVWP). Für meinen Wahlkreis hatten sich zwar insgesamt sehr positive Nachrichten ergeben, indem mindestens vier Projekte in den vordringlichen Bedarf gestuft wurden. Dennoch gab es andere Projekte, für die ich mich weiterhin einsetzen möchte, um sie vom weiteren Bedarf in den vordringlichen Bedarf zu lancieren. Genau diesem Ziel diene das Gespräch mit den Verkehrspolitikern der SPD-Fraktion: die weiteren Schritte zu besprechen, wie dies gelingen kann und ob bei den jeweiligen Projekten überhaupt Erfolgsaussichten bestehen.

So konnten alle Bundestagsabgeordneten der Landesgruppen Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland ihre spezifischen und auf ihren Wahlkreis ausgerichteten Fragen mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sören Bartol, zuständig für Verkehr und Digitales, Kirsten Lüthmann, der Sprecherin der AG Verkehr sowie Gustav Herzog, dem zuständigen Berichtserstatter der SPD-Fraktion für den BVWP, erörtern und ausdiskutieren, insbesondere im Hin-

blick auf die unterschiedlichsten Gründe, die sich für die Bewertung der einzelnen Baumaßnahmen durch das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur ergeben und die im Online-System PRINS einsehbar sind: http://www.bmvi.de/DE/VerkehrUndMobilitaet/Verkehrspolitik/Verkehrsinfrastruktur/Bundesverkehrswegeplan2030/PRINSEinsehen/prins-einsehen_node.html. Die Priorisierung der einzelnen Projekte durch die SPD-Fraktion befindet sich daher von nun an in der Prüfung.

An dieser Stelle möchte ich nochmals auf die Möglichkeit des am 21. März gestarteten sechswöchigen Bürgerbeteiligungsverfahrens hinweisen, das noch bis zum 2. Mai läuft. Ich bitte alle interessierten und betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Bürgerinitiativen, sich daran zu beteiligen und ihre Interessen hier geltend zu machen. Vorab empfiehlt es sich, die Daten im PRINS-System nachzuprüfen. Mithilfe des Projektinformationssystems PRINS lassen sich zusätzlich alle Informationen zu den Einzelprojekten aufrufen, um Grundlagen von Entscheidungen detailliert nachvollziehen zu können. Alle weitere Informationen zu Art und Weise der Stellungnahme und den weiteren Teilnahmemodalitäten findet Ihr/finden Sie hier:

http://www.bmvi.de/DE/VerkehrUndMobilitaet/Verkehrspolitik/Verkehrsinfrastruktur/Bundesverkehrswegeplan2030/StellungnahmeAbgeben/stellungnahme_node.html

Trotz Fleiß kein Preis? – Netzwerkabend mit Journalistin Julia Friedrichs



Trotz guter Arbeitsmarktzahlen und guter Löhne geht die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auseinander. Diesen Missstand erläuterte die Journalistin Julia Friedrichs am Netzwerkabend „Trotz Fleiß kein Preis?“. Während der deutsche Sozialstaat für die Einkommen weitgehend gerechte Verteilmechanismen bereithält, sind insbesondere Defizite der Vermögensverteilung zu kritisieren, bei der Deutschland innerhalb des Euroraums eine der höchsten Ungleichverteilungen aufweist. So finanziert sich der Staat vorrangig durch Steuereinnahmen aus Arbeit und Konsum, aber nur in sehr geringem Maße aus Erbschaften, deren jährliche Gesamtsumme auf etwa 250 Mrd. Euro geschätzt wird.

Die Folgen: mangelnde Motivation und Aufstiegslust, geringeres Vertrauen in die Demokratie und mangelnde Beteiligung der Zivilgesellschaft. Wie also können wir Fleiß und Ideenreichtum wieder belohnen? Eine These, die aufgeworfen wurde: Eine Erbschaftssteuer könnte beispielsweise die Vermögensbildung von Arbeitnehmern und die Startchancen von benachteiligten Jugendlichen fördern.

Besuchergruppe aus dem Rheingau-Taunus-Kreis auf BPA-Fahrt in Berlin



Vom 12. bis zum 15. April besuchte eine 50-köpfige Besuchergruppe aus dem Wahlkreis Berlin. Neben einer Stadtrundfahrt mit den Highlights des politischen Berlins, einem Besuch der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung und einem Informationsgespräch im Bundesrat stand auch die Besichtigung des Plenarsaals auf dem Programm. Die Besuchertribüne bot Gelegenheit politische Debatten hautnah zu verfolgen. Anschließend trafen wir uns zu einem gemeinsamen Gespräch auf der Besucherebene des Reichstags. Hier konnte ich mich mit meinen Gästen zu aktuellen politischen Themen in lockerer Atmosphäre austauschen: so etwa die Integration von Flüchtlingen, Handelsabkommen als Teil der Globalisierung, aber auch die aktuellen Umfragewerte der SPD. Beim anschließenden gemeinsamen Abendessen konnten wir uns besser kennenlernen.

Besonders gefreut hat mich, dass viele jüngere Personen meiner Einladung zu dieser vom Bundestag unterstützten politischen Bildungsfahrt nach Berlin gefolgt sind und dass das Bundespresseamt die Teilnahme eines Rollstuhlfahrers an der Fahrt unkompliziert ermöglicht hat.

Praktikant im Berliner Büro: Nadim Baker



Hi, ich bin Nadim Baker und von April bis Juni Praktikant im Bundestagsbüro von Martin Rabanus. Nach dem Abitur habe ich einen Freiwilligendienst in Indien absolviert und entschied mich dann für ein Journalistik-Studium in Berlin. Neben der Uni bin ich außerdem in der SPD aktiv und trage seit zwei Jahren mein erstes Mandat in einer Gemeindevertretung, wo ich in einem kleinen Parlament mit 22 weiteren Abgeordneten kommunalpolitische Entscheidungen treffen darf.

Die Tätigkeit für Martin ist für mich eine spannende Gelegenheit, um die Strukturen und Prozesse im parlamentarischen Betrieb näher kennenzulernen: dazu gehört der Alltag eines Abgeordneten, das Entstehen politischer Positionen und dementsprechend auch die Leistung jener Mitarbeiter, die einen Berufspolitiker bei seiner Arbeit unterstützen. Weiterhin bietet das Praktikantenprogramm der SPD-Fraktion eine Vielzahl an Vorträgen und Besichtigungen. Ich kann jedem politisch interessierten Jugendlichen nur dazu raten, sich auch für ein solches Praktikum zu bewerben.

Termine

19.04.2016

18:00 Uhr – SPD Kreisvorstand und Beirat;
Kreistagsfraktion; Walluff

20.04.2016

19:00 Uhr – VhU Jahresempfang

22.0.4.2016

*18.30 Uhr – Vernissage in der Peter-Paul-
Cahensly-Schule Limburg*

Termine in kursiv sind öffentlich

Pressemitteilungen

07.04.2016

[„Chancen gegen Diabetes nutzen“: Martin Rabanus zum Weltdiabetes-Tag](#)

19.03.2016

[Frauen haben ein Recht auf mehr!](#)